

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kontaktschrift: Tagesblatt Riesa.
Gernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1580
Groszstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 184.

Dienstag, 12. Juni 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juni 6500.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für bewilligte Rabatte erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Ustättige Unterhaltungsbeilage „Grübler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Deutscher Reichstag.

mitb. Berlin, 11. Juni.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der langjährige Direktor beim Reichstage, Geheimrat **Wappeler**, auf eigenen Wunsch in den Ruhestand getreten sei. Der Präsident dankt für die Tätigkeit des Scheidenden Beamten. Zum Direktor beim Reichstage ist Oberregierungsrat **Walle** ernannt worden.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des **Reichsstaatsbankrottsgesetzes**.

Reichsarbeitsminister **Brauns** begründet die Vorlage. Der Entwurf wolle eine einheitliche Sozialversicherung für alle Bergarbeiter schaffen, die der hohen Gefahr und der raschen Kräfteabnutzung des Grubenbetriebes angepaßt sei. Der Grundgedanke der Selbstversicherung sei in der Vorlage in weitestgehendem Maße durchgeführt worden.

Abg. **Janssch** (Soz.) begrüßt die Vorlage. Sie bringe die notwendige Vereinigung der bisher verstreuten Fürsorge der Bergarbeitervereine. Die vom Ausfluß in die Vorlage hin eingearbeitete Pensionsberechtigung nach 20jähriger Tätigkeit sei ein Bedürfnis angesichts der außerordentlich aufreibenden Grubenarbeit.

Abg. **Jandusch** (B.) hebt in der Vorlage die Erfüllung der langjährigen Wünsche der Bergarbeiter. Nun müsse recht bald auch die reichsgesetzliche Regelung des ganzen Bergbauwesens folgen.

Abg. **Winnefeld** (Dp.) betont gleichfalls, daß mit dem Gesetz endlich eine alte Forderung der Bergarbeiter erfüllt werde. Den Mitarbeitern an diesem Werk gebühre Dank und Anerkennung. Die von manchen Seiten gewünschte Ausdehnung des Gesetzes auf weitere Arbeitergruppen werde sich nicht durchführen lassen.

Abg. **Reiser** (Dem.) erklärt es für einen großen Fortschritt, daß mit der Vorlage ein einziger Versicherungsträger geschaffen werde.

Abg. **Schwarzer** (Bayerische Volkspartei) begrüßt die Einigung der Parteien, die bei dieser Vorlage erzielt worden sei.

Um 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Die Reise des Reichskanzlers.

Seidelberg. Reichskanzler Dr. Cuno ist in Begleitung des Staatssekretärs Hamm gestern mittag kurz vor 1 Uhr hier eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von dem etwas vorher eingetroffenen Reichswirtschaftsminister Dr. Becker und Vertretern der Stadtverwaltung begrüßt. Ein offizieller Empfang fand nicht statt. Auch hatte sich nur wenig Publikum eingefunden, da das Eintreffen des Kanzlers vorher nicht bekannt gegeben worden war. Außer den Genannten hatten sich auch die Aktivisten der katholischen Verbindung **Arminia** zur Begrüßung eingefunden, der der Reichskanzler während seiner Seidelberger Studienzeit angehört hatte. Nach dem Mittagessen empfing der Reichskanzler sofort die in Seidelberg anwesenden pfälzischen Dienststellen, vor allem die Vertreter der hiesigen Fürsorgestelle für pfälzische Ausgewiesene, weiter die pfälzischen Industriellen, Landwirtschafts- und Gewerkschaftsvertreter. Die Besprechungen waren streng vertraulich. Gegen 4 Uhr fuhr der Reichskanzler im Kraftwagen nach Karlsruhe.

Karlsruhe. Gegen 5 Uhr nachmittags ist der Reichskanzler in Begleitung des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker, Staatssekretärs Hamm und Dr. Gruggers hier eingetroffen. Im Staatsministerialgebäude fand eine Besprechung mit den Mitgliedern der badischen Staatsregierung statt, an die sich eine Besprechung des Kanzlers und des Reichswirtschaftsministers mit den Vertretern der badischen besetzten Gebiete, Offenburg und Mannheim sowie Karlsruhe, anschloß. Die badischen Minister wohnten den Besprechungen bei, die ebenso wie die Seidelberger Besprechungen streng vertraulich waren. Abends fand im Staatsministerialgebäude auf Einladung des Staatspräsidenten ein parlamentarischer Abend statt, zu dem die Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die Vertreter des politischen und wirtschaftlichen Lebens u. a. Einladungen erhalten hatten. — Heute Dienstag vormittag 7/8 Uhr reiste der Reichskanzler nach Darmstadt weiter.

Volncarés Mitteilungen nach London.

Die Morgenblätter teilen mit, daß Volncarés gestern eine Denkschrift nach London entwarf, in der er seinen Standpunkt mitteilte. Im ersten Abschnitt dieser Denkschrift drückte Volncarés den Wunsch aus, daß die englische Regierung dem Pariser Kabinett und der belgischen Regierung in der Forderung an die deutsche Regierung, daß letztere den passiven Widerstand an der Ruhr einstelle, beitrete. Im zweiten Abschnitt erklärt der französische Ministerpräsident, daß wenn Deutschland den Verbänden in dieser Hinsicht jede Unterstützung gegeben hat, die französische Regierung bereit sei, im Einverständnis mit den Alliierten die Lösung der Reparationsfrage in Erwägung zu ziehen, vorausgesetzt, daß sie von dem französischen Memorandum vom 2. Januar ausgehe. Unter diesen Bedingungen willigt die französische Regierung ein, daß an Deutschland eine gemeinsame Antwort gelangt, in der das Reich lediglich zur Einstellung des passiven Widerstandes aufgefordert wird. Es sei, so schreiben die Morgenblätter, möglich, daß auf diese Angaben eine genauere Mitteilung, betreffend das Reparationsproblem, überhaupt vom französischen Standpunkt aus erfolge. Diese Mitteilung sollte gestern nachmittags nach London übersandt werden. Man vermutet, daß der belgische Gesandte in Paris über die Arbeiten der französischen Regierung auf dem laufenden gehalten wird. Lord Curzon wird, sobald er die erwähnten Mitteilungen Volncarés in die Hände bekommt, die englischen Minister davon benachrichtigen, die dann zu einer Sitzung zusammentreten werden.

dem laufenden gehalten wird. Lord Curzon wird, sobald er die erwähnten Mitteilungen Volncarés in die Hände bekommt, die englischen Minister davon benachrichtigen, die dann zu einer Sitzung zusammentreten werden.

Kritischer Ministerrat über das deutsche Memorandum.

Das Kabinett ist am Montag abend zusammengesessen, um zu besprechen, welche Schritte auf das deutsche Memorandum zu unternehmen sind. Der französische und der italienische Botschafter machten gestern nachmittags einen Besuch im Außenamt.

Im Unterhause erklärte **Walwin** auf die Anfrage, ob die Regierung weitere Erklärungen über die Lage an der Ruhr abgeben könne, er könne das im Augenblick nicht tun. Auf die Frage, welche Schritte die Regierung tue, um England einen gerechten Anteil an den deutschen Reparationszahlungen und die Zahlung der alliierten Schulden zu sichern, sagte er, er könne nicht mehr sagen, als daß die Sache die Aufmerksamkeit der Regierung sehr beschäftige.

Die gesamte Londoner Presse befaßt sich weiter eingehend mit der durch das deutsche Memorandum geschaffenen Lage und betont nach wie vor, die deutsche Note biete eine befriedigende Grundlage für Erörterungen und müsse daher zur Einleitung von Verhandlungen aufgegriffen werden.

Die „Brüsseler Agence Belge“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Wie bekannt, wurde am 25. Mai der belgische Botschafter in Paris beauftragt, der französischen Regierung Vorlagen, betreffend die Reparationen, zu unterbreiten. Der belgische Botschafter in London wurde gebeten, der englischen Regierung davon Kenntnis zu geben, um ein gemeinsames Studium durch die Alliierten vorzubereiten. Die gleiche Mitteilung wird der italienischen Regierung durch den belgischen Botschafter in Rom gemacht werden.

Nach der Ansicht der belgischen Regierung sind diese Arbeiten bestimmt, das Studium des Problems der Reparationen zu erleichtern. Damit jedoch, wie schon das Memorandum am Schluß der jüngsten Brüsseler Zusammenkunft besagte, dieses gemeinsame Studium wieder aufgenommen werden könne, muß vorher die deutsche Regierung den passiven Widerstand, den sie in den besetzten Gebieten organisiert hat, aufheben.

Der Tempus zur Rede Dr. Cuno.

Der „Tempus“ bezeichnet die Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Cuno in Münster als eine Lobrede auf den sogenannten passiven Widerstand im Ruhrgebiet.

Neue Verbrechen

des französischen Kriegsministers.

Der Kriegsminister **Mariot** hat am Sonntag anlässlich einer Feierlichkeit in Metz eine längere Rede gehalten, in der er auch auf die französisch-deutschen Beziehungen zu sprechen kam. Mariot erklärte unter anderem: Vergessen wir nicht, daß es Deutschland ist, das zweimal seit einem halben Jahrhundert uns angegriffen hat, und bleiben wir der Ueberzeugung treu, daß lediglich die Furcht vor der Gewalt es daran hindert, seine Angriffe neu zu beginnen. Wir müssen uns in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben, denn sie könnten für uns gefährlich ausfallen. Deutschland ist eine Nation, die nicht abrüstet. Wenn man das Unheil hat, dieses Reich zum Nachbar zu besitzen, so hat man die Pflicht und selbstverständlich auch das Recht, stets an seine Sicherheit zu denken und sie zu verteidigen. Wir müssen uns unsere Pflicht in Frage gestellt werden. Wir müssen uns weitere Opfer auferlegen. Davor dürfen wir nicht zurückweichen, denn sie werden auf jeden Fall weniger Brüden sein, als diejenigen, die Deutschland auflösen würde, wenn wir nicht den Sieg zu wahren wüßten. Nach dem, was sich ereignet hat, allen Drangsalen, Demütigungen und Leiden, kennen wir nur ein einziges Programm und ein einziges Lösungswort: Sitten wir uns!

Die Blutherrschaft in Dortmund.

Die Mordtat nicht von Deutschen verübt.

Zu der Mordtat an den zwei französischen Feldwebeln wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Tat nicht von Deutschen verübt wurde. Die Geschosse, mit welchen die Franzosen getötet wurden, entstammten Gewehren oder Karabinern.

Infolge des verstärkten Belagerungszustandes kam es im Laufe des Abends zu Zwischenfällen. Die Märmung der Straßen um 9 Uhr wurde teilweise unter Mißhandlung der noch auf den Straßen befindlichen Passanten durchgeführt, wobei die Franzosen reichlich Ohrfeigen und Fußtritte ausstießen. Einer der Zivilisten erhielt im Laufe des Abends bei der Räumung der Straßen den tödlichen Schuß. Drei weitere wurden in der Nacht erschossen und zwei schwer verletzt, welche darauf ihren Verletzungen erlagen. Durch Augenzeugen wurde festgestellt, daß die Franzosen aus nächster Nähe ohne vorherigen Wortwechsel die Personen erschossen haben. Drei der Leichen mußten von den Deutschen an die Stelle geschleppt werden, wo die beiden französischen Feldwebel erschossen wurden. Die Leichen wurden in die Blutkammer der Franzosen gelegt. Bei der Befragung des Stadthauses beschuldigten die Franzosen 41 Millionen Mark. Die Kruppen im Stadtkreis sind beträchtlich vermehrt worden.

Wegen der Ermordung wurde der stellvertretende Polizeipräsident **Martinius** sowie der stellvertretende Oberbürgermeister **Plümme** verhaftet.

Die französische Abendpresse bringt keine zusammenhängende Darstellung über die Vorgänge bei der Ermordung der beiden französischen Feldwebel in Dortmund. Seit der ersten Mitteilung, in der Zivilisten des Wortes beschuldigt werden, hat die Agentur **Havas** keine weitere Mitteilung veröffentlicht. Nur der **Tempus** bringt eine Meldung, die angeblich von französischer Regierungsseite stammt, wonach

der Doppelmord nicht auf nationalistische Verbeugung zurückgeführt werde (den gleichen Vorbehalt machten bereits einige Morgenblätter), vielmehr seien die beiden französischen Unteroffiziere bei einem Streit, der aus einer Auseinandersetzung zwischen noch nicht ermittelten Zivilisten und den Franzosen entstanden sei, getötet worden.

Was de Paris nimmt auf die Meldungen von der Erschießung zweier französischer Unteroffiziere in Dortmund Bezug und erklärt, es hätte keines ähnlichen Ereignisses bedurft, um Frankreich darüber aufzuklären, daß, trotz der Versicherung gewisser Allierter, ohne die Aufgabe des passiven Widerstandes die französische und die belgische Regierung die deutschen Angebote nicht prüfen können. Unter Berufung auf eine Reihe von angeblichen Verklärungen der Reichsbehörden macht das Blatt die deutsche Regierung für alles verantwortlich, was im besetzten Gebiet gegen Frankreich geschehe. Man könne sich vorstellen, was aus der französisch-belgischen Sache und aus dem gesamten Friedensvertrag von Versailles würde, wenn sich die geringste Schwäche, sei es in Paris, sei es in Brüssel, bemerkbar machen würde.

Einsbruch der Stadt

gegen französische Gewaltmaßnahmen.

Die Besatzungsbehörde in Dortmund hat dem Magistrat der Stadt mitgeteilt, daß die Straßensperre solange bestehen bleiben soll, bis die Verlenen ermittelt sind, die die beiden französischen Unteroffiziere erschossen haben. Im Laufe des gestrigen Nachmittags fand eine Sonder Sitzung der Stadtverordneten statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Wir erheben feierlich dagegen Einspruch, daß die Verantwortung für die Ermordung der beiden französischen Feldwebel, die noch immer unaufgeklärt ist, der Stadtverwaltung auferlegt wird. Besonders entschieden erheben wir Einspruch gegen die Verhaftung der beiden Stadträte. Dies erschüttert aber stehen wir an der Behre der sechs unschuldigen Todesopfer. Wegen des unumstößlichen Vorgehens gegenüber wehrlosen Bürgern unseres Stadt erheben wir schärfsten Einspruch. Wir erwarten, daß das Gewissen der Welt mit uns übereinstimmt in der Verurteilung dieser Tat. — Die Entschließung wurde dem französischen Ortskommandanten zugehändigt. Die Untersuchung von deutscher Seite in der Angelegenheit der Ermordung der beiden Franzosen dauerte gestern den ganzen Tag über an, ohne daß es bisher auch nur gelang, einen Anhaltspunkt für ein Verschulden deutscherseits zu finden. Die Franzosen haben gestern zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Ein französischer Posten erschossen.

In **Recklinghausen** ist in der Nacht zum 11. Juni zwischen dem Bahnhof und dem Bahnhofshotel ein französischer Posten erschossen worden. Infolgedessen ist über die Stadt der Belagerungszustand verhängt worden mit einer Straßensperre von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh ohne jede Einschränkung für irgendeine Berufsklasse. Leute, die in der angegebenen Zeit auf der Straße angetroffen werden, werden erschossen. Am Tage dürfen nicht mehr als vier Personen zusammenkommen. Aus Anlaß des Attentates ist der Kriminalkommissar **Tylvor** und der Polizeikommissar **Dick** von den Franzosen verhaftet und in das Gymnasium gebracht worden.

2 Milliarden Erwerbslosengelder weggenommen.

Das Automobil des Landratsamtes in **Montabaur**, das zur Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen zwei Milliarden Mark mit sich führte, wurde am 9. d. Mts. an der Sperre vor **Montabaur** von Franzosen angehalten und die zwei Milliarden Mark wurden vom Kreisdelegierten des Kreises **Montabaur** weggenommen. Nach Abfahrt des Autos wurden alle Zugänge nach **Montabaur** von den Franzosen besetzt.

Die Ausweisungen werden fortgesetzt.

Nachdem Freitag und Sonnabend in **Mains** und Umgebung neue Ausweisungen von Eisenbahnbeamten erfolgt waren, sind gestern morgen neuerdings 50 Personen ausgewiesen worden.

Freilassung des verhafteten Selbstschützen.

Die von den Franzosen in **Wachum** verhafteten 250 Mitglieder des Selbstschutzes sind bis auf drei wieder freigelassen worden, nachdem die Besatzungsbehörden sich davon überzeugt haben, daß sich unter den Selbstschützern keine ausgemietete Schutzpolizisten befinden und die Mitglieder des Selbstschutzes auch nicht im Besitze von Waffen sind. — Seit gestern ist der Selbstschutz wieder im Dienste der Stadt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die neuen Bergarbeiterlöhne. Bei den gestrigen Verhandlungen im Bergbau, die im Reichsarbeitsministerium stattfanden, hat ein Schiedsgericht unter Vorsitz von Oberbergmeister **Jarres-Duisburg** für die westlichen Reniere einen Schiedspruch dahin gefällt, daß die Löhne je Schicht ab 15. Juni, einschließlich der sozialen Zulagen, die darin einbezogen sind, um durchschnittlich 15000 M. erhöht werden. Für das oberste und das niedere Schichtsteinkohlenrevier kam auf der Grundlage dieses Schiedspruches eine Einigung der Parteien dahin zustande, daß die Löhne in Obersteinkohlen in voller Höhe des Satzes für das Ruhrrevier und für das niedere Schichtsteinkohlenrevier mit einer durchschnittlichen Erhöhung von 13500 je Schicht vereinbart wurde. Für die übrigen Reniere waren die Schlichtungsverhandlungen am Abend noch im Gange.

Falsche Gerüchte über **Radoslawow**. Wie die Telegrammen-Union erklärt, ist der frühere bulgarische Ministerpräsident **Radoslawow**, der bekanntlich in Berlin seinen